



Workshop-Thema: "Bildungspolitik"

Ablauf:

1. Input: Bundesverband Queere Bildung e.V. (Referent*innen: Laura Becker, Benjamin Kinkel)
2. Input: AG LSBTI, GEW Bundesverband (Referent*innen: Mareike Klauenflügel, Ingo Kreußner)
3. Input: Kai Gehring, MdB (Sprecher für Hochschule, Wissenschaft und Forschung der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen)
4. Offene Fragen und Abschlussdiskussion
5. Forderungen

Zu 1.) Input: Bundesverband Queere Bildung e. V.

- Kerninhalt des Inputs sind Schulaufklärungsprojekte (Ist-Stand, Perspektive, Erfahrungsberichte) mit LSBTI-Bezug und -Inhalten.
- Neben der Interdisziplinarität (in jedem Schulfach lässt sich mit dem Thema LSBTI arbeiten, z. B. bei Textaufgaben im Mathematikunterricht) wird Begegnung (u. a. mit Mitgliedern der LSBTI-Szene) als zentrales Projekt von Aufklärungsarbeit genannt.
- Negativ angemerkt wird seitens der Referent*innen, dass zurzeit eine strukturelle Förderung jener Schulaufklärungsprojekte von Landesseite abgelehnt wird (da dies eigentlich Aufgabe des Bundes ist).

Zu 2.) Input: AG LSBTI, GEW Bundesverband

- Seitens der Referent*innen wird die These formuliert, dass Schulbücher bzw. Lehr- und Lernmaterialien der "heimliche Bildungsplan" an deutschen Schulen sind.
- Zudem wird erläutert, dass Schulen ein hochsensibler Bereich sind, da an und in ebenjenem "Bereich" sehr viele Personen (Schüler*innen, Lehrkräfte, Eltern...) beteiligt sind, wodurch die Schule einen (sehr) großen Wirkkreis besitzt. Daher fordern die Referent*innen, dass LSBTI-Themen in der Schule vorkommen und sichtbar sein müssen.
- Erreicht werden könnte diese Forderung durch die Aufnahme von LSBTI-Themen in die jeweiligen

- Lehrpläne der Länder, denn so müssen sie im Unterricht Beachtung finden.
- Weiterhin muss das Thema in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften aufgenommen werden.
- Letztlich wurde auf die fehlende Datenlage zur Situation von LSBTI-Lehrkräften an Schulen hingewiesen.

Zu 3.) Input: Kai Gehring, MdB (bundespolitische Sichtweise)

- Kai Gehring macht zunächst erst einmal deutlich, dass der Bund für eine ordentliche Datenbasis sorgen kann (hinsichtlich der “fehlenden Datenlage zur Situation von LSBTI-Lehrkräften an Schulen” unter Punkt 2).
- Weiterhin sollte der Forschungsstand über die “queere Situation” von bzw. in Schulbüchern/Lehr- und Lernmaterialien ermittelt werden.
- Kai Gehring spricht sich für eine klare Absicherung bei den Queer und Gender Studies im Sinne einer aktiven und offensiven Wissenschaftskommunikation aus.
- Außerdem plädiert er dafür, mit der Kultusministerkonferenz in einen aktiven Diskussionsprozess einzusteigen und über die Forderung, die Bildungspläne der Länder zu ändern/zu modernisieren (Aufnahme von LSBTI-Themen), die Kultusminister*innen zu einer interministeriellen Zusammenarbeit zu bewegen.
- Abschließend weist Kai Gehring darauf hin, dass auch und gerade Integrationskurse für Geflüchtete LGBTI-aktiv sein müssen.

Daran anschließend verweist die Moderatorin Astrid Rothe-Beinlich, MdL, auf den “Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre”, in dem u. a. das Thema “Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt” behandelt wird (Link: <http://www.thueringen.de/th2/tmbjs/bildung/bildungsplan/>).

Zu 4.) Offene Fragen und Diskussion

Es wird die Frage gestellt, in welchen Bundesländern die dortigen Aktionspläne funktionieren und wo es besonders gute gibt? Zudem wird die Dynamisierung des Kinder- und Jugendplans angesprochen. Zur Beantwortung der Frage wird auf das Bundesland Rheinland-Pfalz verwiesen: Dort ist das Thema LSBTIQ sogar im Lehrplan enthalten, da Rheinland-Pfalz einen “Aktionsplan zur Gleichstellung und gegen Diskriminierung von nicht-heterosexuellen Menschen”¹ verabschiedet hat. Des Weiteren wird ausgeführt, dass es bundesweit aktuell nur sieben bis acht Aktionspläne gibt, wobei einige noch in der Entwicklung sind, und dass “Druck von außen” (Vereine, Verbände, Initiativen etc.) auf die jeweilige Landesregierung extrem wichtig ist, wenn ein Aktionsplan erarbeitet werden soll. Diesem Aspekt wird von den Referent*innen zugestimmt.

Es schließt sich die Frage an, ob ein bundesweiter Aktionsplan sinnvoll wäre und ob dieser etwas abdecken könnte, was die Pläne der Länder nicht können? Auch hier wird zugestimmt: Ein bundesweiter Aktionsplan wird dringend gebraucht, weil es u. a. noch nicht in allen Bundesländern Aktionspläne gibt. Inhalte eines solchen Bundesaktionsplans könnten die Themen Gesundheit, Demografie (Pflege, ältere LSBTI) etc. sein. Einen weiteren Beitrag könnte der Bund leisten, so ein Vorschlag von Kai Gehring, indem er Infrastrukturarbeit an Universitäten leistet (z. B. im Rahmen von Juniorprofessuren, wie es bereits beim Thema “sexueller Missbrauch” mit dem “Netzwerk der Juniorprofessuren im Rahmen der Förderlinie

1 <https://mffjiv.rlp.de/de/service/presse/detail/news/detail/News/aktionsplan-zur-gleichstellung-und-gegen-diskriminierung-von-nicht-heterosexueller-menschen-1/>

„Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche in pädagogischen Kontexten“² geschehen ist). Ebenso wäre eine „Bundesprofessur“ denkbar.

Seitens der Workshop-Teilnehmenden wird im weiteren Verlauf für eine bessere Vernetzung von Initiativen der außerschulischen Aufklärung und Bildung sowie von Entscheidungstragenden plädiert. Dass Vernetzung überaus wichtig ist, wird auch seitens der Referent*innen bejaht; anknüpfend an das eben Gesagte, berichten die Referent*innen, dass der Landessportbund Nordrhein-Westfalen Interesse an einer Zusammenarbeit signalisiert hat.

Ebenfalls angesprochen wurde seitens des Publikums der Ausschluss bzw. die Nichtbeachtung von Sonderschulen (für körperliche beeinträchtigte bzw. behinderte Menschen), denn „Alle geht alles an!“ Auch sollte bei Diskussionen im Bereich Bildung nicht nur formal die Schule bedacht werden, sondern ebenso (weiterführende) Einrichtungen wie z. B. Berufsschulen oder Handwerkskammern, um auch dort den Abbau gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit weiter voranzutreiben.

Kai Gehring ergänzt abschließend, dass es wichtig war und immer ist, dass Regierungschef*innen vorweg marschieren und Druck machen, angefangen bei Kitas, über Schulen bis hin zu Berufsschulen, Fort- und Weiterbildung (im Sinne des „lebenslangen Lernens“). Zudem weist er auf das Problem nicht vorhandener Strukturförderung hin. Denn ebendiese wird benötigt, um Bildung grundlegend umzugestalten.

Zu 5.) Forderungen

Als Resultat des Workshops wurden folgende politische Forderungen formuliert:

1. Strukturförderung;
2. Bundesweiter Aktionsplan gegen Homophobie;
3. Bewusstsein schaffen für das Thema über die KMK.

Workshop-Team: Lukas Elijah, Flohr, Brian Krause, Maria Meisterernst, Jörg Schwabe, Till Seiler, Pascal Striebel, Wolfram Thiel, Dirk Trapphagen

Moderation: Astrid Rothe-Beinlich, MdL (Sprecherin für Bildung, Jugend, Justiz, Migration, Flüchtlinge, Religion, Rassismus und Aufarbeitung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Landtagsfraktion Thüringen)

2 <https://www.bmbf.de/de/anzeichen-sexueller-gewalt-erkennen-648.html>